

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Julian Schmid, Freundinnen und Freunde

betreffend „Generation Internet“

BEGRÜNDUNG

„Generation Internet“ ist eine Bezeichnung für die junge Generation, die von dieser häufig selbst gewählt und durchaus positiv besetzt ist. Junge Menschen in Österreich sehen die Nutzung von digitalen interaktiven Medien weniger problematisch als im öffentlichen, von älteren Erwachsenen dominierten, Diskurs häufig dargestellt wird.

In der Lebensrealität von jungen Menschen in Österreich spielen Internet und neue Medien eine wichtige Rolle. Der Umgang mit neuen Medien ist im überwiegenden Ausmaß ein selbstverständlicher und kompetenter.

Auf die Gefahren von Internet und neuen Medien hinzuweisen und den richtigen Umgang zu lernen ist wichtig und passiert vielerorts auch. Im Besonderen ist die Initiative „safer internet“, die auch vom Bundesministerium für Familien und Jugend kofinanziert wird und seit vielen Jahren einen positiven Beitrag leistet, zu erwähnen.

Eine moderne proaktive Jugendpolitik sollte jedoch nicht nur auf der Ebene der Abhaltung von Gefahren agieren, sondern offen für die tatsächlichen Bedürfnisse von jungen Menschen im Nutzen von neuen Medien und Internet eingehen. Die Bandbreite von Chancen und Nutzen ist weit und sollte im besten Fall in aktiver Einbeziehung und Mitgestaltung von jungen Menschen ausgelotet werden.

Das Jugendministerium hat hier in seiner Zuständigkeit für Kinder und Jugendliche in Österreich eine besondere, zukunftsweisende Aufgabe.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung und insbesondere die Bundesministerin für Familien und Jugend, werden aufgefordert, dem Nationalrat zeitnah einen detaillierten Fahrplan vorzulegen, der die Schritte und konkreten Maßnahmen beschreibt, die seitens des Bundesministeriums für Familien und Jugend gesetzt werden, um Chancen und Nutzen von Internet und neuen Medien für Kinder und Jugendliche in Österreich zu realisieren.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Familienausschuss vorgeschlagen.

